

Wegzug-Geld... Die bei einem...
Wegzug-Geld... Die bei einem...
Wegzug-Geld... Die bei einem...

Dresdner Nachrichten

Gegründet 1856

Druck und Verlag von Eiepsch & Reichardt in Dresden.

Für Feinschmecker

Lebeck's *Chocolade*

Fondant-Chocolade
Rahm-Chocolade
Bitter-Chocolade
Cacao per 1/2 Kg. Dose 2.40 M.
Dessert per Carton 2.3 u. 4 M.

per Tafel 50 ct

Marke: Dreiring

Anzeigen-Tarif...
Anzeigen-Tarif...
Anzeigen-Tarif...

Telegramm-Adresse: Nachrichten Dresden.
Fernsprecher: 11 - 2096 - 3601.

Hauptgeschäftsstelle:
Barientstraße 38/40.

Gegen Husten u. Heiserkeit

Menthol-Katarrh-Pastillen

Glas 1 Mk., echt mit Schutzmarke Mutter Anna. Versand
n. auswärts. Kgl. Hofapotheke, Dresden, Georgentor.

Glaswaren

jeder Art aus den bedeutendsten Glashütten des In- und
Auslandes empfohlen in reichhaltiger Auswahl

Wilh. Rühl & Sohn, Inh. Richard Rühl, Königl. Sachs.
Neumarkt 11. Fernsprecher 4277. Waisenhausstr. 18.

Ullrichs Pianinos

sind vorzüglich, dabei sehr preiswürdig.

1 Pirnaische Straße 1 (am Pirnaischen Platz).

Reisekoffer, Reise-Artikel, Lederwaren. Adolf Näter, 26 Prager Strasse 26.

Größtes Lederwaren-Spezialgeschäft

Für eilige Leser.

Mutmaßliche Witterung: Südwestwinde, mild, zeitweise Niederdrücke.

In der gestrigen Sitzung der Zweiten Kammer wurden ausschließlich Eisenbahnforderungen und Eisenbahnpetitionen in Schlußberatung genommen.

In der gestrigen Sitzung der Stadtverordneten kündigte Bürgermeister Dr. Archibald die Aufnahme einer neuen Stadtanleihe an, da die alte bis 1915 erschöpft sein werde.

Schulrat Dr. Toepler, Professor der Technischen Hochschule in Dresden, ist gestorben.

Im Zwidauer Bergbaurevier ist eine Wohnbewegung ausgebrochen.

Im Ruhrbezirk rechnen die Behörden mit dem nahen Ausbruch des Streiks. Es werden umfassende Sicherheitsmaßnahmen getroffen.

Am Kohlenarbeiterstreik in England ist bisher kein Fortschritt in der Richtung auf eine Verständigung zu verzeichnen.

Das preussische Herrenhaus nahm gestern die Vorlage über die Ausübung der Armenpflege bei Arbeitslosen an.

Das ungarische Gesamtkabinett hat demissioniert.

Im Czernohauer Mordprozess wurde der Hauptangeklagte Damacu Macoch zu 12 Jahren Zuchthaus, die beiden Mitangeklagten Starcesky und Jussty zu 5 bzw. 2 1/2 Jahren Zuchthaus verurteilt.

Ein militärischer Konflikt in Oesterreich-Ungarn.

Der bereits seit längerer Zeit in der Schwebe war, hat sich zu einer ungarischen Kabinettskrise angebahnt. Der Streit, durch den Graf Khuen-Hedervary zur Einreichung seiner Demission in Wien gezwungen worden ist, betrifft ein durch Gesetz vom Jahre 1888 für beide Reichshälften festgesetztes Sonderrecht der Krone des Inhalts, daß der Kaiser auch in Friedenszeiten ohne parlamentarische Bewilligung befugt sein soll, den jüngsten Jahrgang der Reserve bei der Fahne zu behalten und die drei jüngsten Jahrgänge der Ersatzreserve einzuberufen, wenn besondere Verhältnisse es erfordern. Das so formulierte bedeutende Kronrecht, auf dessen ungeänderte Aufrechterhaltung im Interesse der Wahrung der vollen Schlagfertigkeit des Heeres in kritischen Verhältnissen in der Wiener Hofburg sowohl wie auf Seiten der dortigen Oesterreichverwaltung und Regierung der größte Nachdruck gelegt wird, ist auch in die neue Wehrgezeuvorlage unverändert hinüber genommen worden. Um die genannte Vorlage, die von der Wiener Oesterreichleitung als das Mindestmaß des zur Erhaltung der Wehrfähigkeit des Doppelreichs unbedingt Notwendigen erklärt wird, und die dabei einer möglichst beschränkten Erledigung bedarf, wird schon seit geraumer Zeit ein hartnäckiger Kampf zwischen Wien und Budapest geführt, der in dem alten Erbfeind des magyarischen Nationalradikalismus und der von diesem geförderten Trennungsbewegungen gegenüber der österreichischen Reichshälfte wurzelt. Die Wehrreformvorlage in ihrer gegenwärtigen Gestalt war aus einem Kompromiß zwischen der Wiener und Budapest Regierung und dem Reichskriegsminister hervorgegangen. Es handelte sich also um Abmachungen, die für die genannten drei Faktoren bindend waren, so daß keiner von ihnen willkürliche Änderungen vornehmen durfte; vielmehr mußte beiderseits der Entwurf in der vereinbarten Form den Parlamenten vorgelegt werden, und etwaige den parlamentarischen Wünschen entsprechende Änderungen wären nur im Falle der Uebereinstimmung der genannten drei amtlichen Stellen zulässig gewesen.

Von dieser Sichtweise ist nun aber der ungarische Ministerpräsident Graf Khuen-Hedervary nach zwei Seiten hin ganz erheblich abgewichen. Einmal hat er sich gegenüber dem stürmischen Drängen der Opposition im Abgeordnetenhaus auf Zugeständnisse im Punkte der magyarischen Heeresfrage, sowie der nationalen Absichten festgelegt, die in Wien im Interesse der einheitlichen Kommandogewalt nicht gutgeheissen werden können und daher auf scharfen Widerstand stoßen sind. Zum andern aber ist er befremdlicherweise so weit gegangen,

auch das eingangs erwähnte Kronrecht, dessen Unantastbarkeit in Wien seitlich in den Bereich parteipolitischer Vereinbarungen zu ziehen und sein Einverständnis mit einer vom ungarischen Parlament zu fassenden Entschliessung zu erklären, kraft deren die ungarische Regierung bei der Aenderung des gedachten Kronrechtes mitwirken soll. Da die Abhängigkeit aller ungarischen Absätze vom Parlamentswillen eine notorische Tatsache ist, so bedarf es keines besonderen Beweises, daß ein derartiges Mitwirkungsrecht der Budapest Regierung zunächst eine verheerende parlamentarische Einmischung in die Entschliessungen der Krone bedeuten würde; auch ist mit Sicherheit zu erwarten, daß im Falle der Nachgiebigkeit in Wien sehr bald die Budapest Forderung einer unverhüllten parlamentarischen Kontrolle über die Anwendung des Kronrechtes nachfolgen würde.

Daß Graf Khuen-Hedervary in Wien mit seinen parlamentarischen Opposition vorzeitig abgegebenen Versprechungen keine Gegenliebe finden konnte, hatte er sich eigentlich von vornherein selbst sagen können. Bei einem Staatsmann von so hoher Intelligenz, der zugleich die grundlegenden Wiener Anschauungen als ehemalige persona gratissima beim Kaiser besonders genau kennt, muß es auch in der Tat als ganz anzuschließen gelten, daß er eine solche von der Schwelle aus hoffnungslos verurteilt in dem Glauben an die Möglichkeit ihres Gelingens unternommen haben könnte. Dann aber bleibt nur die Annahme übrig, daß er sich einfach auf diesem Wege einen guten Abgang hat verschaffen wollen, nachdem er zu der Erkenntnis von der parlamentarischen Unhaltbarkeit seiner Lage gekommen war. Tatsächlich gab es für den ungarischen Ministerpräsidenten aus der Aufgabe der Obstruktion keinen Ausweg mehr. Die großen Erwartungen, die sich an den Namen des Grafen Khuen-Hedervary knüpften, sind längst auf ein sehr bescheidenes Maß herabgesunken worden. Auch schien es ja als sollte der „neue Herr“ in Wirklichkeit der Retter Ungarns werden, da ihm der bessere Teil der öffentlichen Meinung, der über die maßlosen Ausschreitungen der parlamentarischen Obstruktion empört war, jubelte und die Wahlen für die Regierung günstig ansahen. Sehr bald aber zeigten sich aufs neue die Spuren des alten Glens. Die Konstitution und die Juch-Partei begannen wieder das jede fruchtbare parlamentarische Arbeit durchkreuzende Spiel mit der Obstruktion, die schließlich gegenüber der Wehrvorlage den Gipfel erreichte. Die beiden genannten Parteien erklärten sich zum Verzicht auf die Obstruktion nur unter der Bedingung bereit, daß Graf Khuen-Hedervary sich der Krone gegenüber zur Vertretung gewisser, der nationalen magyarischen Eitelkeit schmeichelnder militärischer Forderungen verpflichte, und als der Ministerpräsident sich kaum nach dieser Richtung die Hände hatte binden lassen, trat die Juch-Partei noch mit einer weiteren Forderung auf den Plan. Sie veranlaßte nämlich die Wehrreform mit der Wahlreform und gab unumwunden zu verstehen, daß sie die erste nicht eher bewilligen werde, als bis die zweite vorweg erledigt sei. Von der Wahlreform aber will wiederum die ungarische Regierung in Uebereinstimmung mit der Konstitution nichts wissen, weil die herrschende magyarische Masse davon eine Erschütterung ihrer Alleinherrschaft im Staate befürchtet. Schließlich stellten sich dann die Juchler auf den Standpunkt, daß sie die Wahlreform einwirken in den Hintergrund schieben wollten, wenn die Regierung dafür zu einer Beschränkung des eingangs erwähnten militärischen Kronrechtes ihre Zustimmung erteile. Graf Khuen-Hedervary bewilligte auch das noch und tat dann das Einzige, was ihm noch übrig blieb: er demissionierte.

Die Ernennung eines Nachfolgers wird voraussichtlich außerordentliche Schwierigkeiten bereiten, so daß mit einer langen Verschiebung der Krise zu rechnen ist. Inzwischen hat in Wien bereits eine militärische Konferenz stattgefunden, als deren Ergebnis verlautet, daß die Krone sich entschieden hat, die Wehrvorlage wegen ihrer parlamentarischen Ausschließigkeit vorläufig zurückzugeben und die Erhöhung des Rekrutenhandes um 33.000 Mann auf dem Wege eines einjährigen Provisoriums durchzuführen. Bei dem weiteren Verlaufe der Angelegenheit wird der Schwerpunkt in der Haltung der Krone liegen, in deren unerbittlicher Widerstandskraft gegen alle auf die Durchbrechung der einheitlichen Kommandogewalt gerichteten magyarischen Bestrebungen für das gemeinsame Heer das Heil der Zukunft beruht.

Neueste Drahtmeldungen

Deutscher Reichstag.

Berlin. (Priv. Tel.) Die allgemeine Erörterung zum Etat des Reichsanwalts des Innern wird fortgesetzt. — Abg. Pöns (Zos.): Die von Reichsanwalter zur Rettung des Mittelhandes empfohlene Erziehungsreform werde erst auf dem Boden des Sozialismus möglich. Der Terrorismus der Arbeiter sei berechtigt, weil er ungehe. Das Wohlwollen der Arbeitgeber sei unberechtigt, weil er schand. Das Wohlwollen müsse man vielfach geradezu als eine Schwärmerie bezeichnen. Das einzige Mittel dagegen sei eine kräftige Organisation der Arbeiter, die zu fördern die Anwartschaft der Unternehmer wäre. Aber dem Unternehmer sei der Arbeiter am liebsten, der am meisten laufe. Redner vertritt dann die Resolutionen seiner Partei betreffend die Landarbeiter- und Gewerbestreike und schließlich: Bisher haben wir die Industriearbeiter wirksam vertreten. Wir hoffen, daß wir jetzt auch bald die Interessen der Landarbeiter durch angelegte Beamte wahrnehmen können, um die Landarbeiterbewegung in sozialdemokratische Bahnen zu lenken. — Abg. Dr. Pfeiffer (Zentr.) tritt für einen Theaterbesetzungsplan ein und befragt sich darüber, ob die in der Wahlbewegung seitens der Volkspartei und der Sozialdemokraten gegen ihn in der unglücklichsten Weise geübt worden ist. Da hat es geheißen, daß ich mit tollstreichenden Theaterreden meine parlamentarischen Auftritte verbrachte. (Zuruf links: Namen nennen!) Das war der Herr Reichsanwalt Kühn aus Nürnberg. (Abg. Dr. Müller-Weinigen: Ich hoffe, daß Sie das auch außerhalb des Hauses wiederholen werden.) Von sozialdemokratischer Seite war es Herr Dirich und dann Herr Engel aus Hannover, Mitglied des Hauses. Redner begründet weiter die Forderung des Zentrums zum Stellenvermittlungsgesetz, daß die Gebühren zur Hälfte von Arbeitgebern und zur Hälfte von Arbeitnehmern getragen werden sollen. Die gebräuchlichen Ausführungen des Abg. Köstlich gingen darauf hinaus: Der Staatsbankrott! Alles, was ich bin, danke ich ihm. (Große Heiterkeit.) Herr Köstlich hat unsere Mittelhandesentwürfe mit vielem Nutzen geleitet. Sein Vorschlag, wir sollten in den Warenhäusern nichts einkaufen, verleierte zu einer Verköstlichung angehalten zu werden, die man dann bei Tieg und Wertheim als Warnungstafel aufhänge: Konsumieren und Zentrumsleuten ist der Eintritt verboten. Die Ausdehnung der Erbschaftsteuer auf Kinder und Ehegatten würde ein Hineinleuchten in die Gesellschaften des Mittelhandes bedeuten. (Sehr richtig!) Der Vorschlag des Abg. Kersting über Erziehungsreform war gewiss sehr interessant, aber die übertragende Mehrheit der Lehrer ist einig darin, daß eine Reform der Hand keinen Platz mehr in der Volksschule finden kann. Herr Reichsanwalter scheint vergessen zu haben, daß in der Jugend das Pflichtgefühl erzogen werden muß. Wir treten für eine religiöse Erziehung ein, getragen von einem großen Nationalismus der verheißenen Nächstenliebe. (Beifall im Zentrum und rechts.) — Abg. Graf Kanitz (kons.): Ich freue mich, daß unsere Warnungen vor lauten ausländischen Unternehmungen nicht ganz unverhört geblieben sind. Solange wir einen so hohen Bankdiskont und einen so schlechten Anteilhabend haben, kann von einer Befriedigung unseres einheimischen Kreditbedürfnisses keine Rede sein. Da kann man auch eine andere Organisation unserer Emissionsbehörden nicht einfach von der Hand weisen. Erwägenwert ist die Einsetzung einer Kommission, die das ganze Bankwesen im Deutschen Reich im engen Einvernehmen mit der Reichsbank überwaht. Es fällt uns nicht ein, alle Handelszölle erhöhen zu wollen, aber Amerika und Frankreich tun es. Redner spricht gegen die Vangrilltheorie der Handelsverträge und für Maximal- und Minimaltarife. Eine Feuerung der landwirtschaftlichen Produkte befehlt nicht. Soweit hohe Preise bestehen, ist der Zwischenhandel daran schuld. (Widerform links.) Wir bedauern das ungeheure Anschwellen der Bodenpreise in den östlichen Provinzen. (Zuruf links.) Woher kommt das? (Zuruf von links: Von den Jöllen.) Nein, davon ist die Anstichtungscommission schuld und das Jaadvermögen der reichen Handels- und Industriellen. (Zuruf rechts.) Wenn irgendwo ein roter Bod in einem Jagdgebiete gesehen wird, dann ist der Morgen auf diesem Gute gleich hundert Mark mehr wert. Mit den Jöllen haben die Güterpreise absolut nichts zu tun. (Widerform links.) Die angeregte Enquete zur Festhaltung der Wirkung des Schutzollsystems lehnen wir ab. Das wäre eine sehr unsachverständige Kommission, wenn da die Parteien nach ihrer Stärke vertreten wären. Der Reichsanwalter hat die englische Landwirtschaft ruiniert. Heute, wenn beim Kohlenarbeiterstreik die Transportmittel lahmgelegt werden, droht England die Hungersnot. (Beifall rechts.) — Abg. Köstlich (ant.): Herr Pöns habe Rechte der alten Verleumdungstheorie ausgesprochen. Als Vertreter des größten Teils der deutschen Sparkassen müsse er dem widersprechen. Redner gibt ein reiches statistisches Material zum Beweis für die Fähigkeit der Sparkassen des deutschen Volkes und Empfindens der kleinen Erbsenen. Wenn Millionen Sparkassen sei das Ergebnis der Arbeit. Selbsthilfe sei immer noch der beste Weg und die innere Kolonisation. Wir wünschen, schließt er, gewiss von Herzen den Arbeitern eine Erhöhung der Löhne, aber ob das auf dem Wege der